



Interpellation Nr. 342 2010/2012

Eingang Stadtkanzlei: 21. Juni 2012

Sind die Ziele der Gesamtplanung gefährdet?

Am 17. Juni 2012 wurde die Initiative für bezahlbaren Wohnraum von der Stimmbevölkerung angenommen. Der Stadtrat hat nun den Auftrag, zuhanden des Parlaments einen Reglementsentwurf auszuarbeiten, der die Forderungen der Initiative umsetzt.

Bereits am Tag nach der Abstimmung wurde durch die IG Industriestrasse versucht, möglichst weitergehende Anliegen als Umsetzung der Wohnrauminitiative den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zu verkaufen. Mit der Initiative „Ja zu einer lebendigen Industriestrasse – für KMU, bezahlbares Wohnen und Kulturraum für alle“ möchten die Nutzniesser dieser Initiative aber weit mehr als bezahlbaren Wohnraum.

Bezahlbarer Wohnraum ist ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung der Stadt Luzern, aber nicht das einzige, das der Stadtrat im Rahmen seiner Gesamtverantwortung zusammen mit dem Parlament zu erfüllen hat.

In der Gesamtplanung wurden die Nachhaltigkeitskriterien beurteilt. Dabei wurde gemeinsam mit dem Parlament parteiübergreifend festgehalten, dass Luzern Schwächen bei der wirtschaftlichen Entwicklung aufweist. Eine dieser Schwächen sind fehlende grosse zusammenhängende Büroflächen für die Ansiedlung von grösseren Firmen. Es wurde gemeinsam beschlossen, in der Planperiode diese Schwächen gezielt anzugehen und u. a. Schlüsselareale zu entwickeln.

Wir bitten den Stadtrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gedenkt der Stadtrat die gemeinsam beschlossene Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt mit der angenommenen Initiative für bezahlbaren Wohnraum zu vereinbaren?
2. Welche Auswirkungen hat die Wohnrauminitiative auf die Gesamtplanung? Welche anderen Vorgaben, neben dem gemeinnützigen Wohnungsbau, sind zu beachten?

3. Der SP-Fraktionschef erklärte in der NLZ vom 18. Juni 2012, für die Umsetzung der Initiative gebe es günstige Lösungsvarianten. Mit welchen Kosten ist nach Schätzung des Stadtrates für die Umsetzung zu rechnen?
4. Immer wieder hört man Klagen von Vereinen, Kleinkunst, Kleinstbetrieben, dass in der Stadt keine Räumlichkeiten für ihre Anliegen erhältlich seien. Macht der Stadtrat Anstrengungen, solche Räumlichkeiten anzubieten, und falls ja, wo befinden sich diese? Wer sind die Nutzer?
5. Nach der Ablehnung des stadträtlichen Gegenvorschlags zur Wohnrauminitiative ist die Finanzierung von GSW-Wohnungen unklar. Wie gedenkt der Stadtrat diese Lücke zu schliessen?
6. Bis wann gedenkt der Stadtrat die neue Liegenschaftspolitik zu präsentieren?

Laura Grüter Bachmann und Sonja Döbeli Stirnemann
namens der FDP-Fraktion